



Programm der Sozialen Liste Bochum

12 Bausteine für eine sozialere Stadt

PRÄAMBEL

Die Grundrechte auf Leben, Gesundheit, intakte Natur, menschenwürdiges Wohnen, Freizügigkeit und freie Meinungsäußerung sind unabdingbar und dürfen in keiner Weise beschränkt werden. Dazu gehören auch eine soziale Grundsicherung für alle, ein kostenloses Gesundheitssystem und eine ausreichende Altersversorgung. Wir, die Soziale Liste Bochum, wenden uns gegen jegliche Diskriminierung von Menschen aus sozialen, ethnischen, gesundheitlichen oder geschlechtsbedingten Gründen. Wir lehnen den Sozialabbau und die Agenda 2010 strikt ab.

Mit dem Argument, es wäre kein Geld da, werden die Leistungen der Stadt Bochum gekürzt und soll kommunales Eigentum veräußert werden. Es ist aber genug Geld da! Sowohl auf kommunaler Ebene als auch in der Bundes- und Landespolitik muss es endlich von oben nach unten umverteilt werden. Wir wollen uns nicht durch vorgebliche Sachzwänge einengen lassen, sondern die Kommunalpolitik im Sinne der Bürgerinnen und Bürger neu gestalten.

Wir verstehen uns als Wahlbündnis von fortschrittlichen Initiativen, Organisationen und Einzelpersonen, das der neoliberalen Politik der amtierenden Parteien auf Bundes-, Landes- und Kommunalebene entgegentritt. Die Soziale Liste Bochum versteht sich als Repräsentantin der Lebensinteressen der Bürgerinnen und Bürger, die durch die wirtschaftlich Mächtigen und ihre Parteien ausgebeutet und betrogen werden.

1. ARBEIT & SOZIALES

Auch in Bochum wird zehntausenden von Menschen das Recht auf einen menschenwürdigen und ausreichend bezahlten Arbeitsplatz verwehrt. Statt hier für Abhilfe zu sorgen, werden Arbeitslose schikaniert und ausgeplündert. Die bevorstehende Einführung des „Arbeitslosengeldes II“ im Rahmen der sogenannten Hartz-Reformen bedeutet für viele den endgültigen Schritt in die Armut –

von 345 Euro im Monat kann man nicht leben! Wir fordern ein existenzsicheres Einkommen für alle. Von den Kommunen erwarten wir die Schaffung von mehr regulären Arbeitsplätzen, auch in städtischen Betrieben. Programme wie „Arbeit statt Sozialhilfe“ und sogenannte gemeinnützige Tätigkeiten für Erwerbslose bzw. Sozialhilfebezieher bedeuten hingegen Ar-

beitszwang zu Hungerlöhnen. Wir lehnen jede Form von Zwangsarbeit ab. Auch „gemeinnützige Tätigkeit“ muss nach Tarif bezahlt werden.

In Fragen der Arbeitszeitverkürzung sollte die Stadt als großer Arbeitgeber mit gutem Beispiel vorangehen. Wir fordern daher die Einführung der 34-Stunden Woche bei vollem Lohnausgleich für alle städtischen Beschäftigten.

9. VERKEHR

Gegen den Verkehrsinfarkt helfen weder der A40-Ausbau noch Bochumer Ringe oder Spangen. Sowohl aus verkehrstechnischen als auch aus wirtschaftlichen, ökologischen und sozialen Erwägungen brauchen wir eine konsequente Förderung des öffentlichen Per-

sonennahverkehrs. Notwendig sind Taktverdichtungen und die deutliche Senkung der Tarife der BOGESTRA und des VRR. Für sozial Benachteiligte fordern wir die Einführung eines kostenlosen Tickets.

Brachliegende Strecken und alte

Werkbahnen können wieder für den Personenverkehr genutzt werden. Wir streben die Wiedereinführung gestrichener Verbindungen wie der R-16 nach Wattenscheid sowie den Anschluss von Langendreer an das Straßenbahnnetz an. Güter gehören nach Möglichkeit auf die Schiene.

10. FRIEDEN

Wir wollen eine friedliche und atomwaffenfreie Stadt, der kommunale Militäretat ist daher ersatzlos zu streichen. Gelder für

Bunker, Munitionstransporte, militärische Infrastruktur etc. können weitaus sinnvoller eingesetzt werden. Auch wenden wir uns ge-

gen Propagandaaktionen der Bundeswehr in den Schulen, Arbeitsämtern, der Universität und den Strassen unserer Stadt.

11. ANTIFASCHISMUS

Wir wollen eine Stadt, in der jeder Mensch unabhängig von Herkunft, Hautfarbe, Religion oder kultureller Szene ohne Angst am öffentlichen Leben teilnehmen kann. Nazis und Rassisten haben deshalb in Bochum nichts verloren. Vom Stadtrat erwarten wir endlich ein konsequentes Durchgreifen gegen rechte Gewalt und

Nazi-Propaganda. Statt Naziaufmärsche mit Grossaufgeboten der Polizei zu schützen, verlangen wir den Schutz der Bochumerinnen und Bochumer vor faschistischen Schlägertrupps.

Wir fordern die Schließung des „braunen Hauses“, der NPD-Landeszentrale in Wattenscheid, da von diesem Ort seit Jahrzehnten syste-

matisch Hetze und Terror verbreitet werden. Faschistische Propagandainstrumente, wie die Zeitungen „Unabhängige Nachrichten“ und „Freiheit Wattenscheid“, sowie entsprechende Internetseiten sind zu verbieten! Wir setzen uns für den Synagogenneubau ein und stellen uns jenen Kräften entgegen, die ihn verhindern wollen.

12. INTERNATIONALES

Bochum ist eine weltoffene Stadt. Wir setzen uns ein für ein friedliches Zusammenleben aller Bevölkerungsgruppen und Kulturen.

Wir sind solidarisch mit allen Menschen, die weltweit für Frieden und soziale Gerechtigkeit kämpfen. Von dem Engagement und den Erfolgen dieser Men-

schen können wir lernen. Aus diesem Grunde erstreben wir Städtepartnerschaften mit Santa Clara in Cuba und Cumaná in Venezuela.

Ich möchte...

- Informationen über die Soziale Liste Bochum bekommen.
- Einladungen zu den Veranstaltungen der Sozialen Liste Bochum.
- Kontakt.

Name: _____

Straße: _____

PLZ, Ort: _____

Impressum:

V.i.S.d.P.: Soziale Liste Bochum, c/o Jürgen Bargmann, Gertrudisplatz 4, 44866 Bochum



2. BILDUNG



Bildung ist ein Menschenrecht und keine Ware. Es geht uns um die geistige und moralische Entwicklung des Menschen und nicht um seine Verwertbarkeit für die Wirtschaft. Hinter den von Politikern aller im Stadtrat vertretenen Parteien propagierten Elitekonzeptionen steht hingegen nichts weiter als der Versuch, Bildung zum Geschäft zu machen und Menschen aus einfachen sozialen Verhältnissen den Zugang zu höherer Bildung zu verwehren. Wir meinen, der Zugang zu Institutionen wie Schulen, Universitäten, Volkshochschulen oder Bibliotheken muss jedem offen stehen, unabhängig vom Geldbeutel. Die Gesamtschule mit Ganztagsbetreuung ist die Schulform, die Kindern aus ärmeren Familien noch am ehesten Chancengleich-

heit bieten kann. Wir fordern daher die flächendeckende Versorgung des Stadtgebietes mit derartigen Schulen und insbesondere die sofortige Errichtung einer 5. Bochumer Gesamtschule.

Banken und Konzerne haben an den Schulen unserer Stadt nichts zu suchen. Eine vernünftige Finanzierung der Schulbildung ist eine öffentliche Aufgabe und darf nicht von der Gnade oder den Interessen von privaten Geldgebern abhängig gemacht werden. Wir lehnen Werbung an Schulen daher ebenso ab wie das sogenannte „School-Sponsoring“. An die Stelle des wachsenden Einflusses der Privatwirtschaft auf Bildungsinhalte und schulisches Leben wollen wir eine konsequente Demokratisierung der Schulen und die Aus-

weitung der Mitbestimmungsrechte von Schülerinnen und Schülern, Eltern und Lehrerschaft setzen. Auch an der Universität darf die Freiheit für Lehre und Forschung nicht durch die Einflussnahme von Großunternehmen verdrängt werden. Die Breite des Bildungsangebotes an der Ruhr-Universität muss erhalten bleiben; Fächer wie Musikwissenschaft sollen weiterhin an der RUB angeboten werden. Unsoziale Experimente wie die sogenannte „Eliteuni“ lehnen wir aufs Schärfste ab. Auch wenden wir uns gegen die Einführung von Studienkonten-, Studiengebühren etc., da damit Studierende, die für ihren Lebensunterhalt selbst aufkommen müssen, gegenüber Studierenden aus begüterten Elternhäusern massiv benachteiligt werden.



3. GESUNDHEIT



Das Gesundheitssystem soll den Menschen dienen, nicht den Profitinteressen von Pharmakonzernen und Lobbyistencians. Praxisgebühr und Zuzahlungen lehnen wir kategorisch ab, zumal diese insbesondere für Bezieherinnen von geringem Einkommen, Rentner, Arbeitslose, und Sozialhilfeempfängerinnen eine unzumutbare Härte bedeuten.

Wir fordern lokale Gesundheitszentren nach dem Vorbild der Polikliniken, die Allen eine kostenlose Gesundheitsversorgung garantieren. Weiterhin fordern wir den Ausbau bzw. Erhalt von sozialen Einrichtungen, die u.a. auch für die Aufklärung über Gesundheitsgefahren zuständig sind, z.B. in den Bereichen der Aids- und Drogenberatung. In den örtlichen Krankenhäusern,

Alten- und Pflegeheimen herrscht ein chronischer Personalmangel, ein akuter Pflegenotstand ist bereits traurige Realität. Anstatt Unternehmen zu fördern, die nur auf Gewinnmaximierung ausgerichtet sind, müssen die Fördergelder sinnvoll für dauerhafte Einrichtungen und Arbeitsplätze im kommunalen Gesundheitswesen eingesetzt werden.



4. WOHNEN IN GESUNDER UMWELT



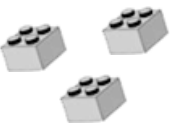
Wohnraum muss bezahlbar bleiben. Wir fordern den Erhalt des vorhandenen und die Schaffung von neuem kommunalem Wohnungseigentum. Wir wollen eine aktive Bekämpfung der Obdachlosigkeit in unserer Stadt unter

Einbeziehung der Obdachlosenorganisationen. Die Zweckentfremdungsverordnung muss konsequent angewendet werden, Mietsucher ist zu bestrafen. Schönes Wohnen erfordert eine gesunde Umwelt. Wir brauchen

öffentliche Parks und den Erhalt der Grünflächen in und um Bochum, nicht die Vernichtung der grünen Lungen unserer Stadt durch gewerblichen Flächenfraß oder den Ausbau von privaten Golfplätzen.



5. KINDER UND JUGEND



Bochum soll eine kinderfreundliche Stadt werden. Jugendliche aus sozial benachteiligten und Migrantenfamilien haben ein Recht auf Chancengleichheit. Wir brauchen ein ausreichendes

Angebot an bezahlbaren Kindergarten- und Kita-Plätzen, selbstbestimmte Jugendräume sowie eine umfassende Modernisierung der teilweise trostlosen und gefährlichen Spiel- und Sportplät-

ze. In der Verkehrspolitik muss die Sicherheit der Kinder wichtiger sein als die Geschwindigkeit der Autos.



6. KULTUR



Jeder Mensch hat ein Anrecht auf Teilnahme am kulturellen Leben in unserer Stadt. Dieses Recht auch für die Ärmern praktisch durchzusetzen, ist eine öffentliche Aufgabe, die sich nicht mit immer neuen Kürzungsorgien im kulturellen Bereich verträgt.

Statt Millionen für teure Prestigeprojekte à la Ruhrkongress oder „Planet of Visions“ zu verpulvern, fordern wir eine konsequente Förderung alternativer stadtteilbezogener Basiskultur, jugendkultureller Projekte, den Ausbau städtischer Bibliotheken

und ein Programmkino in städtischer Trägerschaft. Menschen mit niedrigem Einkommen wollen wir mit dem „Bochum Pass“ ermäßigten oder kostenlosen Zugang zu Kulturveranstaltungen ermöglichen.



7. DIE STADT GEHÖRT DEN MENSCHEN...

... nicht dem Kommerz. Es ist unerträglich, wenn Bürgerinnen und Bürgern unserer Stadt der Zugang zu öffentlichen Strassen und Plätzen nur nach Maßgabe ihres sozialen Status, ihrer Brieftasche, ihrer Kleidung bzw. ihrer Hautfarbe gewährt wird. Die öffentlichen Flächen in der

Innenstadt müssen wieder von allen genutzt werden können, und zwar ohne jeglichen Verzehrzwang von Seiten der Gastronomie. Mitgebrachte Speisen und Getränke sind auch an den dort aufgestellten Tischen zu tolerieren. Wir fordern: Schluss mit den diskriminierenden und rassistischen

Passkontrollen gegenüber Migranten, Unangepassten, Punks usw. durch Polizei und BGS am Bochumer Hauptbahnhof; Schluss mit der Schikane von privaten Sicherheitsdiensten gegenüber Nichtsesshaften. Bermudadreieckverbot für rechte Schläger!



8. WIRTSCHAFT & FINANZEN

Das Gejammer ob der leeren Staatskassen machen wir nicht mit. Wenn die öffentlichen Kassen leer sind, dann sind sie es, weil sie auf Betreiben aller in Bund, Land und Stadt maßgeblichen Parteien systematisch und über Jahrzehnte geplündert wurden. Jedes der angeblich notwendigen Sparprogramme auf Kosten der sozial Schwachen und der kommunalen Infrastruktur ging und geht einher mit großzügigen Steuergeschenken an Spitzenverdiener und Großkonzerne. Solange sich die Oberschichten auf unsere Kosten Milliardenbeträ-

ge in die Taschen schaufeln, sehen wir keinerlei Veranlassung, an der Finanzierung der notwendigsten öffentlichen Aufgaben zu sparen. Wir fordern die Anhebung des Spitzensteuersatzes sowie die Wiedereinführung der Vermögenssteuer zugunsten der Kommunen. Auch und gerade Großunternehmen müssen angemessen Gewerbesteuern bezahlen! Auf den Prüfstand gehören die Aufwendungen für Werbungs- und Repräsentationsaufgaben, prestigee- und profitträchtige Großprojekte sowie der kommunale Dienstwagenpark. Den Ausverkauf

öffentlichen Eigentums, „Public Private Partnership“ und halb-kriminelle Machenschaften wie das sogenannte „Cross-Border-Leasing“ lehnen wir kategorisch ab. Wir verlangen den Ausbau öffentlicher Betriebe, den Erhalt der Sparkassen, die Abschaffung geheimer Ausschreibungen, die Offenlegung aller kommunalen Ausgaben, eine konsequente Korruptionsbekämpfung und die Beteiligung der Bochumerinnen und Bochumer an den finanziellen Belangen ihrer Stadt im Rahmen eines Bürgerhaushaltes.